Parlamentarischer NordSüdDialog

Jänner 2020 – Letzte Ausgabe

Am 15. Oktober wurde in der National Assembly of Zambia das Educational Programme for Zambian Learners offiziell vorgestellt, welches in den letzten drei Jahren der Kooperation zwischen den Parlamenten von Österreich und Sambia im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs erarbeitet wurde. Im Bild die mitwirkenden Schüler*innen, die Vizedirektorin des österreichischen Parlaments, Susanne Janistyn-Novák, und Projektleiterin Jutta Kepplinger. © BlinkStar Photography Lusaka

ZWEITES JUGEND-INDABA IM ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENT

Analog zum ersten Jugend-INDABA diskutierten auch dieses Mal mehr als 60 Jugendliche mit Abgeordneten über die Sustainable Development Goals

ERGEBNISSE DER KOOPERATION OFFIZIELL PRÄSENTIERT

Die im Rahmen des PNSD und der parlamentarischen Kooperation entwickelten Strategien für IT und Öffentlichkeitsarbeit wurden im sambischen Parlament lanciert

13 JAHRE PARLAMENTARISCHER NORDSÜDDIALOG

Nach mehr als einem Jahrzehnt beendet der PNSD seine koordinierende Tätigkeit mit den Highlights der Zusammenarbeit mit Mosambik und Sambia

Editorial

**Sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Leserinnen und Leser!**

Wir hoffen, Sie hatten einen guten Start ins Neue Jahr 2020. Für den Parlamentarischen NordSüdDialog beginnt das Jahr mit einem Ende. Nach 13 Jahren Kooperation wird unser Projekt mit Februar eingestellt. Wir bedauern das sehr, da wir gerade in den letzten 3 Jahren eine sehr erfolgreiche Partnerschaft mit der National Assembly of Zambia aufbauen und mit den Kolleg*innen des Österreichischen Parlaments wichtige Unterstützung im Bereich der demokratiepolitischen Bildung und der Kommunikation mit der Bevölkerung leisten konnten.

Wir möchten uns an dieser Stelle sehr herzlich bei jenen bedanken, die uns in diesen 13 Jahren so engagiert unterstützt haben und ohne die wir dieses Projekt nicht hätten durchführen können: bei den Abgeordneten aller Parlamentsfraktionen, die über die Jahre in unserem Projekt eingebunden waren, besonders bei den Mitgliedern unserer Peergruppe mit Sambia; bei den zahlreichen Mitarbeiter*innen der Parlamentsdirektion, besonders jenen des Internationalen Dienstes, der Veranstaltungsabteilung und der Demokratiewerkstatt, die ihre Zeit und Expertise in unser Projekt eingebracht haben. Ein aufrichtiges Dankeschön an Sie alle! Sie haben dazu beigetragen, dass Sub-Sahara Afrika auf der Agenda des Österreichischen Parlaments stand und Brücken zu unserem Nachbarkontinent aufgebaut wurden. Wir hoffen, dass diese Brücken auch nach Ende unseres Projektes weiter bestehen werden, wenn auch in anderer Form.

Gemeinsames Handeln auf Augenhöhe ist unerlässlich, um sich den globalen Herausforderungen stellen zu können. In vielen wissenschaftlichen Berichten werden die Handlungsmöglichkeiten für die Politik aufgezeigt, um die Welt für alle chancenreicher, fairer und gerechter zu gestalten. Es liegt an den Politiker*innen die Erkenntnisse ernst zu nehmen und auch danach zu handeln!

Jutta Kepplinger
Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

Zweites Jugend-INDABA „Your SDGs – Your Voice“ wiederum sehr erfolgreich

Maria Lettner, Referentin im Büro der Bundesjugendvertretung

Bereits zum zweiten Mal fand am 14. November 2019 ein sogenanntes Jugend-INDABA zu den Sustainable Development Goals (SDGs) im Parlament statt. „INDABA“ bezeichnet ursprünglich eine hochrangige Versammlung von izinDuna (Führern) der Zulu oder Xhosa im südlichen Afrika, in der über für die Gemeinschaft wichtige Themen diskutiert und demokratisch entschieden wird.

Parlamentsdirektor Harald Dossi eröffnete das Zweite Jugend-INDABA in Vertretung der Präsidenten des Nationalrats, Wolfgang Sobotka.

Wie bereits das erste Jugend-INDABA des Parlamentarischen NordSüdDialogs fand auch die zweite Ausgabe in Kooperation mit der Bundesjugendvertretung (BJV) statt. Die BJV ist die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Menschen bis 30 Jahre in Österreich. Die Agenda 2030 ist aus Sicht der BJV die einmalige Chance, globale Herausforderungen gemeinsam mit jungen Menschen zu bewältigen. Das Jugend-INDABA leistete in diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag zur niederschwelligen Bewusstseinsarbeit mit jungen Menschen. Deshalb war es der BJV von Anfang an ein großes Anliegen, zum Gelingen der Veranstaltung beizutragen.

Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Jugend-INDABA war sicherlich das erneute Commitment der Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Gruppe, Abg.z.NR Nico Marchetti, Abg.z.NR Eva-Maria Holzleitner und Abg.z.NR Alma Zadić. Sie luden jeweils eine Schulklasse aus ihren Wahlkreisen ins Parlament ein: Das waren rund 60 Schüler*innen der Neulandschule Wien 10, der HAK Steyr sowie des BRG Ettenreichgasse Wien 10.

Ziel des Jugend-INDABA war es, dass die Abgeordneten und die Schüler*innen in einen Dialog treten

Die Schüler*innen zeigten reges Interesse an der Diskussion im Plenum.

Die drei Abg.z.NR Marchetti, Holzleitner und Zadić beantworten Fragen der Projektleiterin des Parlamentarischen NordSüdDialogs, Jutta Kepplinger, zu ihrem politischen Werdegang.

© alle Fotos S. 2-3: PD/Topf

und ihre Perspektiven austauschen können. Deshalb wurde für die Veranstaltung auch ein interaktives Setting gewählt. Nach der Begrüßung der Teilnehmenden durch Parlamentsdirektor Harald Dossi (in Vertretung des Präsidenten des Nationalrats, Wolfgang Sobotka) und Jutta Kepplinger vom Parlamentarischen NordSüdDialog folgte eine kurze Einführung zu den SDGs mit spielerischen Elementen durch die Bildungsexpertin Doris Berghammer, Bereichsleitung Bildung bei Südwind. In den drei anschließenden Workshops wurden die Schüler*innen von zwei weiteren Expert*innen unterstützt: Patricio Unter, der UN Jugenddelegierte 2019/20 der BJV, und Gabriele Slezak von der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung.

Geleitet wurden die Workshops von Mitgliedern des Teams SDG der BJV: Corinna Heinzle, Katharina Koch und Marlene Zehetner. Ziel der Workshops war es, dass sich die Schüler*innen intensiv mit den SDGs auseinandersetzen und die vielfältigen Zusammenhänge mit ihrer Lebenswelt und die Verbindung der lokalen mit der globalen Ebene erkennen. Die Nationalratsabgeordneten schlugen immer wieder die Brücke und schilderten die Arbeit des Parlaments, bei der es ebenfalls unerlässlich ist, verschiedene Standpunkte und Expertisen einzuholen und miteinander im Austausch zu treten, um zu tragfähigen Kompromissen zu kommen. Die gesamte Veranstaltung und insbesondere die Workshops wurden auf bereits bewährte Weise mittels Graphic Recording dokumentiert. Die dabei entstandenen Plakate wurden von den Schulklassen mitgenommen, an den jeweiligen Schulen präsentiert und den anderen Schüler*innen zur Verfügung gestellt. So entfaltet das Jugend-INDABA eine bewusstseinsbildende Wirkung weit über den Kreis der Teilnehmenden hinaus und eine weiterführende Beschäftigung junger Menschen mit dem Thema Sustainable Development Goals ist sichergestellt.

Nach zwei erfolgreichen Jugend-INDABAs zieht die BJV eine überaus positive Bilanz: Das Format der Veranstaltung ermöglicht einen Dialog auf Augenhöhe, von dem alle Beteiligten profitieren können. Junge Menschen erleben, dass sie von politischen Entscheidungsträger*innen gehört werden und fühlen sich ernst genommen. Politische Entscheidungsträger*innen können in einem vertrauensvollen Setting – quasi abseits der „großen Bühne“ – ihre Perspektiven schildern und sich durchaus auch ein Stück weit hinterfragen lassen. Aus Sicht der BJV ist der Austausch von jungen Wähler*innen und politischen Entscheidungsträger*innen für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft und die Umsetzung der UN Agenda 2030 von zentraler Bedeutung.

Die Schüler*innen der Handelsakademie Steyr, Oberösterreich, mit Abg.z.NR Eva-Maria Holzleitner und Expertin Doris Berghammer (Südwind)

Die Schüler*innen der pGRG Neulandschule Laaerberg, Wien, mit Abg.z.NR Nico Marchetti und Expertin Gabriele Slezak (ÖFSE)

Die Schüler*innen des GRG Ettenreichgasse, Wien, mit Abg.z.NR Alma Zadić und Experten Patricio Unger (BJV)

Für eine Veranstaltung wie das Jugend-INDABA braucht es jedenfalls entsprechend Raum, Zeit, fachkundige Begleitung und die Bereitschaft aller Beteiligten, sich darauf einzulassen. Gerade für nachhaltige Entwicklung brauchen wir mehr Verständnis füreinander und die Verknüpfung von Politik mit der Lebenswelt junger Menschen. Das Jugend-INDABA leistete dazu einen wesentlichen Beitrag und sollte sich aus Sicht der BJV zu einer festen Größe im parlamentarischen Veranstaltungskalender entwickeln.

DIE AUTORIN
Maria Lettner ist Referentin im Büro der Bundesjugendvertretung (BJV) in Wien und koordiniert das Team SDG der BJV (www.bjv.at/teamsdg). Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen u.a. die Themen Nachhaltige Entwicklung und Partizipation. Die BJV war maßgeblich an der Organisation und Durchführung der beiden Jugend-INDABAs im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs im Österreichischen Parlament beteiligt.

Ergebnisse der Workshops beim Jugend-INDABA wurden als Graphic Records aufbereitet, die die Klassen mit in ihre Schulen nehmen konnten. © Chiara de Eccher

Gruppenarbeit in den Workshops © PD/Topf

2 Fragen an Manuel Diesenreiter, Klassenvorstand in der pGRG Neulandschule Laaerberg, 1100 Wien

Warum haben Sie sich entschlossen mit Ihren Schüler*innen an diesem INDABA teilzunehmen?
„Die Schule wurde vom Abgeordneten zum Nationalrat, Herrn Nico Marchetti, zur Teilnahme an dem INDABA eingeladen. Für meine 7. Klasse hat sich damit eine einmalige Gelegenheit ergeben in einem solchen speziellen Rahmen zu diskutieren und eigene Ideen und Vorstellungen an eine politische Adresse zu tragen."

Was hat das Jugend-INDABA Ihnen und Ihren Schüler*innen gebracht?
Es hat durch das INDABA eine Sensibilisierung für das Thema Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit bei den Schüler*innen stattgefunden. In reflektierenden Gesprächen mit den Schüler*innen direkt nach der Veranstaltung war für mich deutlich der Wunsch nach intensiverer Auseinandersetzung mit dem Thema - auch im Unterricht - zu vernehmen.

The potential of policy coherence: Harvesting the low-hanging fruits

Lukas Wank, AG Globale Verantwortung

The main aim of Policy Coherence for Sustainable Development (PCSD) is to avoid adverse effects of industrialized countries' policies on the development in the South, while at the same time creating synergies between different policy areas in order to prevent situations of giving with one hand while taking with the other. Two recent events in Vienna – organised jointly by the NorthSouthDialogue of Parliaments and AG Globale Verantwortung - highlighted avenues to better exercise the global responsibility for comprehensive sustainable development that benefits countries in both the South and the North alike.

The bearings of incoherence

In recent years, various humanitarian, ecological and economic crises have had severe negative impacts on the lives of people worldwide. The consequences can only be addressed through sustainable, harmonized and impactful policies on international and national levels. In this regard, incoherent policies adversely affect development on a global level. While in the global South, the economic and social costs of incoherent policies often affect the poorest people in the country, in donor countries, incoherent policies create costly inefficiencies such as fragmented government actions that cause overlaps, duplications and higher operations costs. As an approach and policy tool to counter these effects, PCSD integrates the social, economic, environmental and governance dimensions of sustainable development at all stages of policy making.

Efforts to eradicate poverty, minimise inequalities, adhere to human rights agendas and implement sound environmental strategies are directly connected with questions of coherence. This is also highly relevant for the implementation of the UN's 2030 Agenda with its 17 Sustainable Development Goals (SDGs), which also calls for overall coherence and harmonisation of policy goals and strategies.

As pointed out in three case studies conducted by the AG Globale Verantwortung - the Austrian Platform for development and humanitarian aid – policies designed and implemented in Austria and the European Union in the fields of mineral resources, agriculture and taxation affect relevant socio-economic and ecological development strategies of countries in the Global South. But there are also other areas in which incoherencies stem sustainable development.

Hon. Brenda Tambatamba, a Member of the National Assembly of Zambia, pointed out that "Zambia is a mining driven economy but we are struggling with double taxation treaties in the extractive sector". In this context alone, the level of inconsistency has severe effects on the country's development efforts. Among others, it leads to loss of tax revenues and hence the exploitation of the potentials of the extractive sector - such as job creation - to make a decent life for all a reality. Other negative effects are the creation of unfair competition or the weakening of the currency.

Learning from champions

Conflicts between policy areas and development weigh heavy on countries like Zambia. Knowing this, Norbert Probst of the European Commission's Directorate-General for International Cooperation and Development, stressed what needs to be done to transform policy gaps such as in the Zambian context. "It certainly requires long term strategy backed with priority setting that takes into account interactions and impacts across sectors, future generations and challenges of countries themselves", he said, adding that for policies that support the reduction and/or eradication of poverty also "political commitment is vital." According to him such commitment must include binding ex-ante assessments in the legislation process to examine impacts on development objectives as well as putting in place adequate monitoring, reporting and evaluation systems to ensure accountability of donors.

A Round Table Discussion in the morning brought together Members of Parliaments (Austria, Finland, Zambia), (inter)national experts on PCSD, representatives of Austrian Ministries and civil society organisations with the goal to reach a common ground on ways forward regarding the implementation of PCSD in Austria.

© alle Fotos S. 5-6: Globale Verantwortung/Daniel Weber

Three studies on PCSD (mineral resources, agriculture and taxation) conducted by the AG Globale Verantwortung were presented by the co-authors or experts Lukas Wank (AG GV), Markus Meister (Welthaus Graz) and Martina Neuwirth (VIDC).

Heinz Habertheuer, Head of Programmes and Projects International at the ADA, and Norbert Probst of the European Commission's DG for Intern. Cooperation and Development

Hon. Saara-Sofia Sirén, Member of the Finnish Parliament

Ernesto Soria Morales from the PCSD Unit at the OECD and Hon. Brenda Tambatamba, Member of the Accounts Committee at the National Assembly of Zambia

An important push in that direction comes from champions like Finland, where good practice policies and mechanisms ensure that progress achieved in one SDG contributes to progress in other SDGs. However, as illustrated by Hon. Saara-Sofia Sirén, a Member of the Finnish Parliament, also Finland started on a low level: "Step by step the SDGs were implemented in decisions of ministries while at the same time the Parliament was enabled to actively engage." By now Finland has put in place a system of evaluating policies in terms of their impact on the SDGs. "The next step is to bring the Ministry of Finance on board because as long as SDGs are not part and parcel of the budget it is all just talk" she added.

This means that sustainable development needs long term goals since short term policies create severe drawbacks for all stakeholders involved. This stems from the fact that the realisation of sustainable development follows another timeframe than government cycles. In order to avoid changing the course halfway, PCSD needs to be made a priority at the highest political levels. In the Finish case it is the Prime Minister who is controlling guidelines and targets to ensure that development objectives are not affected by the governments shifting priorities. This long-term focus is also essential in the view of Ernesto Soria Morales from the OECD's PCSD Unit. For him it needs a leading institution on PCSD and a strategic planning process for governments to enable long term commitment for sustainable development despite changes in government.

Next steps for Austria

In the context of development cooperation, incoherencies and conflicting objectives between policies are often not addressed. To counteract this and promote sustainable development in all policy areas, it needs a strong Whole-of-Government Approach and political commitment. As pointed out by Heinz Habertheuer from the Austrian Development Agency, the creation of an inter-ministerial working group that co-ordinates SDG implementation, presents progress reports and aims at information sharing in Austria was an important first step in this regard.

However, Austria still misses out on some benefits of coherent policies, which are hanging low. Mr. Soria Morales attested a good legal basis in Austria to promote PCSD by nominating a leading institution with a mandate to set priorities in different sectors.

The commitment for PCSD, however, should not stop short there. Other concrete steps should include the implementation of a legal framework for policy coherence, building capacities or giving the parliament a stronger role (i.e. through policy coherence impact assessments in the legislative process) and – at the same time – embracing the role of civil society to put pressure on the government.

Just like in Finland, in the end there are a lot of small steps that make the long run.

THE AUTHOR

Lukas Wank is policy officer with AG Globale Verantwortung - The Austrian Platform for development and humanitarian aid.

The evening event, a panel discussion on the topic of PCSD facilitated by Rita Isiba from Aphropean, attracted great interest also among the audience, voicing interesting and critical aspects and inputs.

PARLAMENTSPARTNERSCHAFT SAMBIA – ÖSTERREICH

Sambias Bildungsprogramm für Schüler*innen und Jugendliche

Susanne Janistyn-Novák, Parlamentsvizedirektorin des Österreichischen Parlaments

Das Österreichische Parlament engagiert sich seit mehr als 10 Jahren in den Ländern des Südlichen Afrika; von 2006 bis 2016 in Mosambik und seit 2017 in Sambia. Die Kooperationen wurden vom Parlamentarischen NordSüdDialog unter der Leitung der Projektkoordinatorin Jutta Kepplinger begleitet und von der Austrian Development Agency und dem Land Oberösterreich finanziell gefördert.

Ziel des Parlamentarischen NordSüdDialogs ist die von allen Fraktionen getragene politische Unterstützung von Entwicklungspolitik und internationaler Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene und die Stärkung des Bewusstseins der Parlamentarier*innen für Themen der Entwicklungszusammenarbeit, der Sustainable Development Goals und von Policy Coherence for Sustainable Development.

In diesem Sinn erfolgte nicht nur ein Austausch auf Parlamentarier*innenebene, sondern es fanden in einem Peer-to-Peer-Ansatz in Sambia und Österreich Projektaktivitäten auf Verwaltungsebene statt. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der Öffnung des Parlaments für Schüler*innen und Jugendliche und auf der digitalen Unterstützung von Arbeitsprozessen. Der Peer-to-Peer-Ansatz stellte sich als besonders effiziente Arbeitsmethode heraus. Die im Schnitt eine Woche dauernden gegenseitigen Arbeitsbesuche gaben die Möglichkeit, an konkreten Lösungen zu arbeiten. Der intensive Austausch förderte auch das Verständnis für die Grundlagen und die Herausforderungen der Umsetzung.

Unter dem Motto „Bringing the spirit of Democracy to all Zambian Learners through a Parliamentary Educational Programme to make them better informed and active citizens of the future" konnte am 15. Oktober 2019 in Lusaka der offizielle Start des Programms für junge Besucher*innen erfolgen. Die erste stellvertretende Parlamentspräsidentin Catherine Namugala signalisierte dabei große Unterstützung für die Weiterverfolgung der Ziele des Projekts. Zur Präsentation des Bildungsprogramms wurde ein bunter Festakt gestaltet, an dem neben Vertreter*innen der National Assembly of Zambia, Schüler*innen, sozial schwache Jugendliche und Jugendliche mit Beeinträchtigungen sowie Lehrer*innen teilnahmen. Teil des Festaktes war die Vorstellung von fünf Symbolen, die für die Vision des sambischen Parlaments in diesem Prozess stehen: „Open Parliament", „Spirit of Democracy", „Active Participation", „Access to Information" und „Freedom of Expression". Die Entwicklung einer Gesetzgebungsmaschine nach österreichischem Vorbild wird künftig das Verständnis für den Gesetzgebungsprozess im sambischen Parlament unterstützen.

Zwei wichtige Tools, die zukünftig bei Parlamentsführungen in der NAZ angewendet werden: die Legislative Machine und die Timeline of Democracy.

Die Überlegungen seitens der Verwaltung zu künftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Bildungsprogramms zeigen, dass die Projektziele erreicht wurden und nachhaltig sind. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass der weitere Erfolg von den für die Umsetzung notwendigen Ressourcen und zwar in personeller wie finanzieller Hinsicht abhängen wird.

Auch das zweite Ziel der Kooperation, nämlich die Entwicklung einer gesamtheitlichen IKT-Strategie und eines Implementierungsplans konnten zeitgerecht abgeschlossen werden. Diese wurden im Dezember vorgestellt.

DIE AUTORIN

Dr.in Susanne Janistyn-Novák ist Parlamentsvizedirektorin (Legislative) und vertrat beim Launche des Demokratiepolitischen Bildungsprogrammes für sambischen Schüler*innen und Jugendliche in Lusaka das Österreichische Partnerparlament.

Die fünf Icons des Educational Programme wurden auf der Außenwand des Besucher*innenzentrums der National Assembly of Zambia angebracht – im Bild deren Enthüllung.

Parlamentsvizedirektorin Susanne Janistyn-Novák bei der Eröffnung der Feierlichkeiten zur Vorstellung des Educational Programme. Rechts die Vision des Programms „Bringing the spirit of Democracy to all Zambian Learnes".

© BlinkStar Photography Lusaka

Enhancing capacities in legislation, oversight and representation

Thokozani Kamanga, Head of the Parliamentary Reforms Programme Department of the NAZ

The National Assembly of Zambia (NAZ) has been implementing Parliamentary reforms for the greater part of the past two decades. The focus of these reforms has been enhancing the ability of Members of Parliament to play their roles of legislation, oversight, and representation. Additionally, the reforms were intended to increase the participation of the Zambian public in the work of the National Assembly.

As part of the efforts to achieve these ideals, the National Assembly of Zambia has been implementing its Strategic Plan for the period 2015 to 2019.

Partnership with the Austrian Parliament

The partnership between the Austrian Parliament and the National Assembly of Zambia through the NorthSouthDialogue of Parliaments, which is coordinated by the Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation and supported by the Austrian Development Agency, began as a conversation at a workshop in 2015. The conversation between a NAZ member of staff and a representative of one of the former partners of the NorthSouthDialogue of Parliaments culminated into a partnership that has contributed to the implementation of the National Assembly of Zambia Strategic Plan 2015-2019 in the following areas:

First Deputy Speaker der NAZ, Hon. Catherine Namugala, präsentiert ein Ergebnis der dreijährigen Kooperation, das Educational Programme for Zambian Learners.
© BlinkStar Photography Lusaka

Thokozani Kamanga und Petra Rund, Abteilungsleiterin Internationale Beziehungen der Parlamentsdirektion in Österreich, im großen Plenarsaal. © Jutta Kepplinger

1. Enhanced Oversight by NAZ over Local and Global Developmental Commitments

A Joint Parliamentary Peer Group on the Sustainable Development Goals made up of Zambian and Austrian Members of Parliament (MPs) was formed as part of the project. The group focused on SDG 4.7, "Ensure inclusive and equitable quality education and promote lifelong learning opportunities for all" and target 4.4. “By 2030, substantially increase the number of youth and adults who have relevant skills, including technical and vocational skills, for employment, decent jobs and entrepreneurship”.

It was exciting to see MPs from different cultural and political backgrounds find common ground and share challenges, experiences and lessons learnt regarding the role of parliaments not only in the implementation of SDGs but the Millemium Development Goals which preceded the SDGs. The disparity in the average age between the Zambian and Austrian Members of Parliament also enriched the exchange of ideas between them.

The partnership between the two parliaments revealed that there was so much to learn from other jurisdictions. One highlight of the partnership was increased commitment by the Executive arm of Government regarding implementation of SDG 4, target 4.4. The INDABAS (events) that were held at NAZ brought together key players in the education sector, including the Minister in charge of education, with a particular focus on youth skills development programmes and institutions.

The concept of peer-to-peer learning is a new one to the NAZ. The Members of Parliament who are part of the Peer Group have indicated that the various interactions both in Zambia and Austria were beneficial to them and enabled them gain a wider understanding of the issues surrounding the exercise of oversight in the implementation of SDGs. We believe that lessons learnt during the project will be used to improve on future collaborations with not only parliaments, but other like-minded institutions as well.

2. Strategy for transforming into an e-Parliament

The Zambian Parliament, like most legislatures, is committed to strategies that reduce actions that have an adverse effect on the climate. During implementation of the project, the NAZ was supported to develop an Information and Communication Technologies (ICT) Strategic Plan. This plan will make a significant contribution to transforming the National Assembly into an e-Parliament with clear systems and tools that reduce the need for printing and use of paper. The strategy when implemented fully will not only save resources for the institution, but the country as a whole and these resources can then be channelled to other developmental programmes. The Strategy will also focus on leveraging ICTs to engender public participation in the work of Parliament to make the Institution truly open and accessible.

3. Increased Public Participation

The Education Programme for Young Zambian Learners that was developed and launched during the project period has already begun yielding some positive results. There has been an increase in the interactions between learners who visit Parliament and Members of Parliament as well as Presiding Officers. The project has also contributed to the re-branding of the Media and Visitors Centre which is an important facility for Parliament’s engagement with the public in general and young learners in particular.

Success and challenges

The success of the ICT and Public Participation programmes is clearly attributed to buy-in not only by the institution but also by the focal departments.

Further, alignment of the project areas with the NAZ Strategic Plan and priority areas for the institution also led to some positive gains. In developing the ICT Strategic Plan and the Education Programme, wide consultations were held with relevant stakeholders. This ensured that the two responded to the needs of the target group and hence increases their relevance.

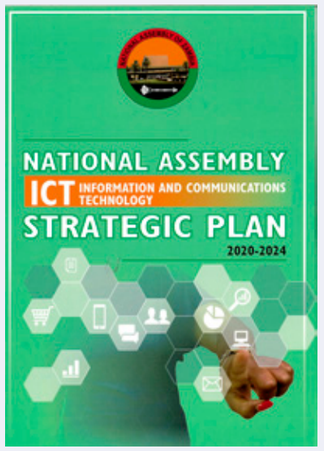
Some challenges were, however, experienced with the component on SDGs and a lesson learnt was to ensure that, in future, more staff should be assigned to support the peer group and coordinate its activities.

THE AUTHOR

Thokozani Kamanga is the Head of the Parliamentary Reforms Programme Department (PRPD) of the National Assembly of Zambia. The PRPD focuses on coordinating the implementation of reforms in the Zambian Parliament. Mr. Kamanga played a vital role in the design and implementation of the NorthSouthDialogue cooperation between the Zambian and the Austrian Parliaments.

Offizieller Launch des ICT Strategic Plan der National Assembly of Zambia

Der ICT Strategic Plan 2020-2024 wurde als zweites großes Ergebnis im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs in den vergangenen drei Jahren in enger Zusammenarbeit zwischen den beiden Informations- und Kommunikationsabteilungen des österreichischen und sambischen Parlaments erstellt. Die offizielle Übergabe und Start der Implementierung des Plans fand im Dezember 2019 in Lusaka statt. Der Strategic Plan soll dazu beitragen, die Vision der NAZ zu realisieren, ein Vorzeigemodel für Demokratie und Good Governance zu sein. Auch soll durch unterschiedliche technische Neuerungen das Parlament und dessen Arbeit den Menschen in Sambia näher gebracht werden.



Michael Mukuka, der Leiter der ICT Abteilung der National Assembly of Zambia (rechts im Bild), übergibt den Strategic Plan offiziell an die Parlamentsdirektorin Cecilia Mbewe.

Die Parlamentsdirektorin der National Assembly of Zambia, Cecilia Mbewe, eröffnet den Launch des ICT Strategic Plan und begrüßt die Vertreter*innen der einzelnen Abteilungen, die in dessen Erstellung involviert waren.

Die Teilnehmenden beim offiziellen Launch des ICT Strategic Plan 2020 bis 2024.

© alle Fotos: National Assembly of Zambia

Effiziente Lösung der Staatsaufgaben mit der Agenda 2030

Thomas Mördinger, ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung

Seit kurzem gibt es erstmals eine Bundesregierung aus Volkspartei und Grünen. In den Wochen der Sondierungsgespräche und Regierungsverhandlungen strichen politische Kommentatoren*innen wiederholt hervor, wie weit die beiden Parteien inhaltlich auseinander wären. Vor allem bei Klima- und Umweltschutz, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie bei Bildung oder Migration seien die Positionen regelrecht gegensätzlich. Über genau diese – und noch einige mehr – Bereiche bilden jedoch die Agenda 2030 und die Sustainable Development Goals (SDGs) eine gemeinsame Klammer. Österreich hat sich zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Erreichung der 17 SDGs verpflichtet. Sie sind aber vor allem nützliche Werkzeuge, um sich als Staat möglichst stabil und robust gegenüber Krisen aufzustellen. Sowohl Bundespräsident Alexander Van der Bellen als auch der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz bezeichneten sie 2018 bei verschiedenen Gelegenheiten als Kompass. Was läge also näher als sie zum Kern eines Regierungsprogramms zu machen?

Effiziente Maßnahmen zum Klimaschutz berücksichtigen auch zahlreiche andere SDGs und müssen Interdependenzen beachten.

Die SDGs decken praktisch alle Aufgaben des modernen Staates mit ab: keine Armut (SDG 1), Gesundheit und Wohlergehen (3), hochwertige Bildung (4), bezahlbare und saubere Energie (7), menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (8), Industrie, Innovation und Infrastruktur (9), nachhaltige Städte und Gemeinden (11), nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion (12), Maßnahmen zum Klimaschutz (13), Leben am Land (15) und, und, und.

Der Clou: Die Agenda 2030 definiert dabei alle 17 Ziele als gleich wichtig und damit als gleichrangig. Maßnahmen, die zur Erreichung eines SDGs beitragen, sollen die Zielerreichung anderer SDGs nicht beschneiden. Das erfordert allerdings, über thematische Tellerränder hinauszublicken, das große Ganze im Auge zu behalten und jedes Konzept, jede Maßnahme, jede politische Weichenstellung unter sozialen, ökonomischen und auch ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten.

Ausdrücklich nicht seien manche Entscheidungen aus sozialen, andere aus ökonomischen und die dritten aus ökologischen Gründen zu treffen. Solcherart eindimensional getroffene Entscheidungen verursachen zwangsläufig mehr Sand im Getriebe. Die einzelnen Maßnahmen mögen zwar ihren Zielsetzungen dienen, aber ohne Rücksichtnahme auf die anderen Ziele sind sie letztendlich ineffizient. Das kostet Zeit und Geld.

Im Grundsatz der Gleichrangigkeit der SDGs liegt daher die Chance auf einen Paradigmenwechsel in der Politik: weg vom Wettstreit der Partikularinteressen, hin zur systemischen Herangehensweise kohärenter Politik. Kohärente Politik, die sich ebenso positiv auf die Bewältigung der staatlichen Aufgaben wie auch auf die öffentlichen Finanzen auswirken würde. Nicht umsonst waren die internationalen Rechnungshöfe bei den Verhandlungen um die Agenda 2030 höchst aktiv – allen voran auch der österreichische unter der Präsidentschaft des späteren Justizministers und Regierungsverhandlers Josef Moser.

Effizienz am Beispiel Klimakrise

Die Reduktion der Treibhausgase allein als Austausch fossiler gegen erneuerbare Energien zu sehen, ist eine extrem verkürzte Herangehensweise. Wollte man die gesamten fossilen Energieträger – nicht nur für Strom, sondern auch für Wärme und im Verkehr – in vollem Ausmaß durch erneuerbare ersetzen, wäre das erst einmal die teuerste Lösung. Zudem müssten Wasserkraftwerke selbst den letzten Flusskilometer nutzen, gigantische Windparks bis an die Siedlungsgrenzen heranreichen und immer größere Flächen dem Anbau von Energiepflanzen dienen.

Die Folge wären unnötig hohe Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren und gleichzeitig Opferung der Lebensräume unzähliger Tier- und Pflanzenarten wie der Erholungsgebiete der Menschen. Letzteres wäre ein weiterer Schlag für den von der Klimakrise ohnehin schon gebeutelten Tourismus.

Kohärente Politik denkt deshalb bei der Treibhausgasreduktion die anderen Staatsziele mit – etwa Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3), nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11) und Leben an Land (SDG 15). Wägt man hier zielübergreifend ab, kommt man zwangsläufig zu dem Schluss, dass es günstiger ist, rasch den Energieverbrauch zu senken: etwa durch thermisch isolierte Gebäude, effizientere Verkehrskonzepte oder durch lokale Produktions- und Rohstoffkreisläufe. Das garantiert die Versorgungssicherheit, spart Geld und berücksichtigt zugleich Umwelt und Lebensqualität der Bevölkerung.

Mit derselben Herangehensweise lässt sich die Anpassung an die Klimakrise bewältigen. Der Temperaturanstieg und die ihn begleitenden Extremwetterlagen – von Hitze- und Dürreperioden bis zu Unwetterkatastrophen – schlagen sich gleichermaßen negativ auf Gesundheit, Landwirtschaft, Wasserversorgung und andere Infrastrukturen nieder. Deren Folgekosten stellen sowohl ein Haushalts- als auch ein soziales Problem dar.

Nicht zuletzt hat die Klimakrise Auswirkungen auf die Arbeitswelt (SDG 8). Das beginnt bei den Arbeitsbedingungen bei großer Hitze und endet bei Berufen und Branchen, die es so künftig nicht mehr geben wird. Der Staat sollte daher Voraussetzungen schaffen, damit Arbeitnehmende wie Industrien sich an die neuen Gegebenheiten anpassen und ihnen den Übergang erleichtern. Die SDGs 4 (hochwertige Bildung) und 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) weisen hier den Weg.

Rahmen für Systemwechsel

Es wäre wohl von den Regierungsverhandlungen zu viel verlangt gewesen, dank der Agenda 2030 und der SDGs den Kardinalsweg in eine lebenswerte Zukunft zu Papier zu bringen. Aber die erstmalige Regierungsbeteiligung der Grünen ist eine Chance für erste Schritte zu einer fortschrittlicheren Art des Regierens. Eventuell kann man eine der kommenden Regierungsklausuren nutzen und offen über die Idee eines neuen Rahmen für das politische System Österreichs sprechen. Konkrete Schritte könnten anschließend gemeinsam mit dem Parlament geplant und umgesetzt werden. SDG Watch Austria formulierte dazu Forderungen, an denen man sich als Ausgangsbasis orientieren sollte (siehe Tabelle rechts).

Dieser Systemwechsel ist wünschenswert und möglich. Finnland hat solche Strukturen bereits in die Realität umgesetzt. Die Agenda 2030 genießt dort höchste Priorität, der/die jeweilige Ministerpräsident*in selbst treibt sie voran. Regierung, Parlament und Bevölkerung arbeiten zusammen um die 17 Ziele zu erreichen. Seit 2018 orientiert sich auch Finnlands Budget an den SDGs.

DER AUTOR
Thomas Mördinger war bis Ende Dezember stellvertretender Geschäftsführer von ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung. ÖKOBÜRO arbeitet auf politischer und juristischer Ebene für die Interessen der österreichischen Umweltbewegung.

Forderungen von SDG Watch Austria

1 Gesetze auf SDG Kompatibilität prüfen: Alle Gesetzesvorlagen werden einer Ex-ante-SDG-Verträglichkeitsprüfung und relevante Gesetze einer Ex-post-Prüfung (SDG Fitness Check) unterzogen

2 SDG Budgeting zur erfolgreichen Finanzierung der Umsetzung der Agenda 2030

3 Ein Plan zur Umsetzung der Agenda 2030, in dem konkrete Ziele und Maßnahmen, inkl. Verantwortlichkeiten in allen Politikbereichen dargelegt werden

4 Berichterstattung an das Parlament – jährliche, regelmäßige Berichte seitens Regierung und Verwaltung an das Parlament

5 Behandlung der SDGs in allen Ausschüssen des Nationalrats

6 Die Ernennung von SDG-Sprecherinnen bzw. Sprecher durch die Nationalratsklubs

7 Strukturierte Partizipation aller Stakeholder in einem regelmäßigen und abgestimmten Austausch, besonders der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und des Privatsektors

8 Ein beratendes Gremium unter Einbeziehung aller Stakeholder, um die Umsetzung der Agenda 2030 voranzutreiben, zu begleiten und zu kontrollieren

13 Jahre Parlamentarischer NordSüdDialog in Wort und Bild

Seit dem Jahr 2006 begleitete der Parlamentarische NordSüdDialog (PNSD) langfristige Partnerschaften zwischen dem Österreichischen Parlament und Nationalen Parlamenten im Südlichen Afrika. Nach 10-jähriger Zusammenarbeit mit der Assembleia da República de Moçambique (2006 - 2016) und mit dem portugiesischen Parlament (2010 bis 2016) wurde ab 2016/17 bis Ende 2019 eine Kooperation mit der National Assembly of Zambia umgesetzt.

Auf den folgenden Seiten blicken wir auf einige Highlights unserer erfolgreichen Zusammenarbeiten und Aktivitäten mit den beiden Partnerparlamenten und im Österreichischen Parlament zurück.

Starke Institutionen durch Partnerschaften auf Augenhöhe

Jutta Kepplinger, Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

Initiiert wurde der Parlamentarische NordSüdDialog im Jahr 2006 von der Abg.z.NR a.D. Inge Jäger unter dem damaligen Präsidenten des Nationalrats Andreas Khol. Angelpunkt des Projektes war immer der Gedanke, dass Friede, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen Ländern Grundvoraussetzungen für eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sind. Parlamente sind durch ihre demokratiepolitisch wichtigen Funktionen als legislative, kontrollierende und repräsentative Instanz zentrale Akteure in diesem Bereich. Zudem spielen sie durch entsprechende Gesetzgebungen eine aktive Rolle bei der Umsetzung internationaler Vereinbarungen, wie z.B. der Sustainable Development Goals (SDGs).

Der PNSD wurde von Beginn an von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) und dem Land Oberösterreich gefördert. Von allen Akteur*innen wurde die Notwendigkeit gesehen, partnerschaftliches Denken und Handeln zwischen Ländern und Institutionen im Norden und im Süden zu stärken. Durch die parlamentarischen Partnerschaften sollte es gelingen, eine neue Form der Kooperation auf Augenhöhe zwischen Europa und dem Nachbarkontinent Afrika zu etablieren. Einen wichtigen Referenzrahmen für die Ziele, inhaltliche Ausgestaltung und Aktivitäten des Parlamentarischen NordSüdDialog stellten zu Beginn die Millennium Development Goals und ab 2015 die Agenda 2030 dar. Entsprechend war es Fokus des Projektes einen Beitrag zur Umsetzung der Sustainable Develpoment Goals (SDGs), insbesondere im Bereich SDG 16 „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen“ zu leisten. Neben der Agenda 2030 stellte ab 2017 auch der EU-Konsensus zur Entwicklung „Our World, our Dignity, our Future“ ein wichtiges Referenzdokument dar.

Gegenseitiges Lernen

Die Besonderheit des Projektes lag in seinem Ansatz der langfristigen Partnerschaft und dem verwendeten Peer-to-Peer Ansatz, also einer Methode, die es gleichrangigen Expert*innen in den Parlamenten ermöglichte sich auszutauschen, voneinander zu lernen und Good Practise Modelle in jeweiligen Bereichen vorzustellen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Die Aktivitäten umfassten Arbeitsbesuche, Trainings, Workshops sowie die Teilnahme an internationalen Konferenzen. Im Rahmen des PNSD wurden gemeinsam Produkte erarbeitet. So leistete das Projekt durch die partnerschaftliche Erarbeitung der IKT- Strategien (Informations- und Kommunikationstechnologien) und der teilweisen Unterstützung in deren Implementierung sowohl für das mosambikanische als auch für das sambische Parlament einen wichtigen Beitrag zur Effizienzsteigerung der Abläufe innerhalb der Parlamente, zur Digitalisierung der Institutionen, als auch im Bereich des Außenauftritts und der Kommunikation mit der Bevölkerung.

Seit dem Jahr 2010 wurden die Aktivitäten im mosambikanischen Parlament in Form einer trilateralen Partnerschaft mit dem Parlament von Portugal durchgeführt. Dieses pflegt aufgrund der gemeinsamen Historie enge Beziehungen zur Assembleia in Maputo und war gerne bereit, sich in die Arbeit des Projekts einzubringen. Dadurch konnten Synergien genutzt werden, die sich positiv auf die Implementierung der Aktivitäten im Bereich der IKT Strategien auswirkten.

© AWEPA

Die Initiatorin des Parlamentarischen NordSüdDialogs, Abg.z.NR a.D. Inge Jäger im Gespräch mit der Vorsitzenden des Frauenausschusses im mosambikanischen Parlament, Margarida Talapa.

Anlässlich der Inter-Parliamentary Union (IPU) Konferenz in Kapstadt im April 2008 kam es zu einem Treffen zwischen einer Delegation österreichischer Abgeordneter, der Präsidentin des Österreichischen Nationalrats, Barbara Prammer, und dem Parlamentspräsidenten von Mosambik, Eduardo Joachim Mulémbwè.

Der Parlamentarische NordSüdDialog wurde finanziell von der OEZA, sowie dem Land Oberösterreich unterstützt. Im Bild links der mosambikanische Abgeordnete Younusse Amad mit dem Geschäftsführer der ADA, Martin Ledolter. In der Mitte eine sambische Delegation im Jahr 2016 beim oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Pühringer und der Dritten Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags, Gerda Weichsler-Hauer. Rechtes Bild: Die stellvertretenden Parlamentsdirektor*innen von Portugal, José Manuel Araùjo und Ana Leal, unterzeichnen in Lissabon ein Memorandum of Understanding über eine Trilaterale Partnerschaft. © PNSD/Kepplinger; Amad

Ein weiterer Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit den Partnerparlamenten lag im Bereich der Demokratiepolitischen Bildung für Jugendliche. Mit den Kolleg*innen aus Mosambik wurde u.a. ein Tag der offenen Tür sowie ein Guided Tours Manual mit Tools und Aktivitäten für Schulgruppen entwickelt. Mit Sambia wurde die Demokratiepolitische Bildungsstrategie „Bringing the Spirit of Democracy to Zambian Learners“ speziell für Schüler*innen entwickelt. Die Strategie beinhaltet Aktivitäten sowohl im Parlament als auch outreach programmes. Durch letztere können auch Schüler*innen, denen ein Besuch des Parlaments aufgrund fehlender Transportmöglichkeiten nicht möglich ist, die Angebote an ihren Schulen bzw. in ihren Wohnorten nutzen. Ein besonderer Schwerpunkt wurde zudem auf die Einbindung von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen gelegt. Einen großen Dank an dieser Stelle an alle Expert*innen des österreichischen Parlaments, die zum Teil über 13 Jahre viel Energie und Zeit in diese Zusammenarbeiten gesteckt haben und mit großem Engagement das Projekt begleitet haben.

Politische Zusammenarbeit

Neben der Kooperation auf Ebene der Beamt*innenschaft gab es auch Kontakte auf politischer Ebene. Abgeordnete gleicher Ausschüsse aus dem Österreichischen Parlament und den Partnerparlamenten beschäftigten sich mit den Herausforderungen in ihren Arbeitsbereichen. Mit den Kolleg*innen aus Sambia wurde eine Joint Parliamentary Peer Group gegründet, deren besonderes Augenmerk der Umsetzung des Nachhaltigen Entwicklungszieles 4 "inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle zu gewährleisten“ bzw. den Unterzielen 4.4 „höhere Anzahl an Jugendlichen und Erwachsenen mit fachlichen und beruflichen Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum“ und 4.7 „Qualifikation von Lernenden durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, eine Weltbürgerschaft, die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung“ lag. Durch das große Engagement vor allem auch der österreichischen Abgeordneten, die in dieser Gruppe mitgearbeitet haben, konnte in kurzer Zeit viel erreicht werden.

Neben der Koordination der Arbeit zwischen den Parlamenten war es dem NordSüdDialog auch ein großes Anliegen entwicklungspolitische Themen und den Bereich Politikkohärenz in einer Vielzahl an unterschiedlichen Veranstaltungen im Österreichischen Parlament zu diskutieren. Wichtig war dabei immer das Aufzeigen von Inkohärenzen und die Suche nach Lösungsansätzen, da aus Sicht des Projekts das Parlament durch seine Gesetzgebungsfunktion hier besonders gefordert ist, denn inkohärente Politiken sind teuer, ineffizient und konterkarieren den Ansatz der Nachhaltigkeit. In diesem Bereich durfte das Projekt mit vielen NGOs, Expert*innen, Wissenschafter*innen und der Zivilgesellschaft eng kooperieren. Auch Ihnen gilt unser Dank für den konstruktiven Dialog und die gute Zusammenarbeit.

Resümee

In den 13 Jahren seines Bestehens hat der Parlamentarische NordSüdDialog viel bewirkt und erreicht und sicherlich dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen dem Österreichischen Parlament und den Partnern in Afrika zu stärken und das Bewusstsein für die Bedeutung von entwicklungspolitischer Zusammenarbeit zu erhöhen. Mit großem Bedauern wird daher zur Kenntnis genommen, dass eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr gewünscht wird. Der NordSüdDialog verabschiedet sich somit nach 13 Jahren Zusammenarbeit und bedankt sich zum Schluss nochmals ganz herzlich bei allen Abgeordneten, Mitarbeiter*innen und Organisationen, die zum Gelingen der Aktivitäten beigetragen haben.

Demokratiepolitische Bildung für junge Menschen

Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit des Österreichischen Parlaments mit der Assembleia da Repùblica (Mosambik) sowie der National Assembly of Zambia (Sambia) im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs lag im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und demokratiepolitischen Bildung für junge Menschen. Konkret ging es darum, die Bürger*innen über Stellung, Aufgaben und die Arbeit des Parlaments in einem demokratischen Prozess zu informieren und vor allem junge Menschen für die Demokratie zu begeistern.

© PNSD/Kepplinger (5 Fotos), PD/Buchner, National Assembly of Zambia

Eine moderne Informations- und Kommunikationstechnologie

Ein weiterer Fokus der Zusammenarbeit mit den Parlamenten in Mosambik und Sambia war jeweils der Bereich ICT (Information and Communication Technology). Es galt, die vorhandenen Strukturen und Ressourcen zu nutzen und an die wachsenden Ansprüche und Bedürfnisse eines modernen parlamentarischen Arbeitsalltags anzupassen. Gearbeitet wurde sowohl im Bereich der internen Datenübermittlung und des Informationsflusses als auch in Bezug auf die Kommunikation mit den Wähler*innen und Möglichkeiten der aktiven Beteiligung von Bürger*innen an parlamentarischen Prozessen.

© PD/Buchner, PNSD/Kepplinger (4 Fotos), Assembleia da República Portugal, National Assembly of Zambia

Politische Zusammenarbeit der Parlamentarischen Peer Gruppe

Die Kooperation zwischen dem Österreichischen Parlament und der National Assembly of Zambia hatte auch eine politische Komponente in Form einer Joint Parliamentary Peer Gruppe, die sich vor allem mit dem Erfahrungsaustausch und der Implementierung des Sustainable Development Goals 4 – Hochwertige Bildung für alle – beschäftigte. Der Austausch auf bilateraler Ebene war eine bereichernde Erfahrung für alle Beteiligten. Ein zentrales Instrument war die Veranstaltungsreihe INDABA, die in Sambia auf fachliche und berufsbildende Qualifikationen und in Österreich auf die Einbindung junger Menschen in die Umsetzung der SDGs fokussierte.

© PNSD/Kepplinger (4 Fotos), Michael Kögl (2 Fotos), Paul Chipita, PD/Jantzen, PD/Zinner

Veranstaltungen im Österreichischen Parlament

In zahlreichen Veranstaltungen hat der Parlamentarische NordSüdDialog in den vergangenen 13 Jahren auf unterschiedliche Themen der Entwicklungszusammenarbeit und –politik fokussiert, von Ernährungssicherheit, menschenwürdige Arbeit, Genderfragen, den SDGs (Sustainable Development Goals) bis hin zur Fragen der Politikkohärenz. Wichtig war uns dabei stets die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertreter*innen der Wissenschaft und Wirtschaft, und natürlich der zuständigen Ministerien und Abgeordneten, denn nur durch den Dialog können die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit bewältigt werden.

© PD/Hartl, PD/Ott, PD/Scharpf, PNSD/Pranger, PNSD/Kepplinger, PD/Godany, FAIRTRADE Österreich

Im Jänner 2019 unterzeichneten die sambische Ministerin für Hochschulbildung, Prof. Nkandu Luo, und BM Heinz Faßmann ein MoU, das Sambia in das Austrian-African-Research Network einbindet. Die Joint Parliamentary Peer Group des PNSD war an diesem Ergebnis beteiligt.
© BMBWF/Bienek

Nach der Teilnahme von Vertreter*innen des sambischen Parlaments beim International Forum of Parliamentary Visitors Centres im Mai 2019 in Wien, wird dieses Forum im März 2020 in der National Assembly of Zambia in Lusaka stattfinden und damit erstmals in Afrika.
© PD/Zinner

© Petra Spiola

Zusammenarbeit erlebbar machen

Abg.z.NR Petra Bayr
Vorsitzende der Steuerungsgruppe des Parlamentarischen NordSüdDialogs

13 Jahre lang hat der Parlamentarische NordSüdDialog Entwicklungszusammenarbeit und damit auch entwicklungspolitische Inlandsarbeit im österreichischen Parlament geleistet. Das Projekt geht auf meine ehemalige Fraktionskollegin Inge Jäger zurück und endet nun aus mir rational nicht nachzuvollziehenden Gründen.

Entwicklungspolitik begreifbar machen

Durch die Zusammenarbeit zuerst mit dem mosambikanischen und zuletzt mit dem sambischen Parlament haben wir konkrete Beiträge für eine gute Entwicklung in den Partnerländern geleistet. Dabei stand Entwicklungszusammenarbeit im klassischen Sinne im Vordergrund: Technische Unterstützung, Austausch von good practice Beispielen und Wissenstransfer. Gleichzeitig hat der Parlamentarische NordSüdDialog auch entwicklungspolitische Inlandsarbeit im österreichischen Parlament betrieben: Informationsveranstaltungen, inhaltliche Debatten und das Betreuen der Peer Group, also jener österreichischen Abgeordneten, die zusammen mit den sambischen Kolleg*innen das Projekt mit Leben erfüllt haben. Der Parlamentarische NordSüdDialog hat für viele Abgeordnete und Mitarbeiter*innen des Parlaments Entwicklungszusammenarbeit erlebbar gemacht.

Afrika bleibt auf der Agenda

Obwohl das Projekt zu Ende geht und obwohl es den vielfach geforderten Posten für einen/eine Afrika Kommissar*in in der EU-Kommission leider nicht geben wird, werden wir uns im Nationalrat weiter mit Afrika beschäftigen (müssen). Wir werden die Zusammenarbeit mit Afrika in Fragen des Handels, der Nutzung von Rohstoffen, der Migration und Sicherheit sowie der Entwicklungszusammenarbeit weiter auf der Agenda behalten, leider ohne dem bestens eingespielten Team des Parlamentarischen NordSüdDialogs im VIDC.

Danke an alle Engagierten

An dieser Stelle möchte ich dem Team des Parlamentarischen NordSüdDialogs herzlich für die beständige und professionelle Unterstützung danken! Danken möchte ich auch allen Mitarbeiter*innen im Parlament, die sich in den letzten Jahren bereit erklärt haben, ihr Wissen und ihre Erfahrung an die mosambikanischen und sambischen Kolleg*innen weiter zu geben. Von der IT Abteilung bis zur Demokratiewerkstatt waren viele Mitarbeiter*innen höchst engagiert und dieses große persönliche Engagement hab ich nie als selbstverständlich angesehen.

Auch allen Abgeordneten und ihren Mitarbeiter*innen, die das Projekt konstruktiv unterstützt haben, möchte ich hier herzlich danken. Zu guter Letzt gilt es auch der Austrian Development (ADA) und dem Land Oberösterreich Dank für die langjährige Unterstützung auszusprechen.

Anm. d. Redaktion:
Der zweite Vorsitzende der Steuerungsgruppe des Parlamentarischen NordSüdDialogs, Abg.z.NR Ernst Gödl, wurde ebenfalls um eine Stellungnahme gebeten. Diese ist bis Redaktionsschluss nicht eingetroffen.

End-Term Review des Parlamentarischen NordSüdDialogs

Die aktuelle Projektphase wurde in einem Small-Scale End-Term Review extern evaluiert*.
Die Ergebnisse in der Zusammenfassung

Since 2006 the NorthSouthDialogue of Parliaments (PNSD) has been involved in long-term partnerships between the Austrian Parliament and one parliament in Southern Africa with the aim to support democratic governance and parliamentary reforms. After years of collaboration with the Assembleia da República de Moçambique (2006-2016) and the Portuguese Parliament (2012-2016), a new cooperation with the National Assembly of Zambia (NAZ) was initiated in January 2017.

This report presents the review findings of this last cooperation phase (01.01.2017 to 31.12.2019) with the NAZ – the project "Creating ATOM (Accessible, Transparent, Open and Modern) Parliaments". Funded by the Austrian Development Cooperation (ADC) and the Government of Upper Austria, the project is coordinated by a Project Management Unit (PMU) situated at the Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC).

To reach the project's outcome [...] the project works at two intricately linked levels: (1) the administrative/technical level and (2) the political level. The following four results (outputs) are planned under the umbrella of this project:

- The design of a new ICT Strategic Plan at the NAZ
- The design of a revised Educational Programme at the NAZ
- A strong parliamentary oversight of the implementation of SDGs in both parliaments and
- More awareness of SDG related topics and Policy Coherence for Sustainable Development (PCSD) at the Austrian Parliament.

To foster pro-active exchange, commitment and sustainability, peer-to-peer learning approaches are implemented across the various activities, stakeholders and parliamentary divisions.

Given that the PNSD will not be continued in 2020, this small-scale end term review primarily serves the purpose of accountability to all project stakeholders – the Austrian Parliament and the National Assembly of Zambia in particular [...] according to the OECD/DAC evaluation criteria [...].

The findings on relevance show that the project fits well within the Zambian Parliament's vision and strategic objectives [...], which are reflected in the NAZ Strategic Plan 2015-2019. Similarly, all project activities still address the needs as identified during the project-planning phase in 2016. The project has skilfully tackled both, the felt administrative as well as political needs. In terms of the project's effectiveness, most planned outputs were fully achieved, even though with some delay. Those stakeholders involved were generally 'satisfied' or 'very satisfied' with the results attained. Only awareness on SDG related topics and PCSD among the Austrian Parliamentarians is still rather limited (output 4), despite serious efforts on behalf of the PMU.

Regarding the project's impact, there were many positive effects at both, the personal and institutional level. At the personal level, these effects range from eye-opening moments (e.g. how SDGs are linked to one's own life) and changes in mind-sets to doing things differently now (e.g. involvement of pupils in guided tours). At the institutional level, the project has also kicked-off a number of other developments (e.g. the inclusion of Zambia in the newly formed Austrian-African Research Network, providing Austrian Civil Society Organizations a foot in the parliamentary door or taking next year's International Forum for Parliament Visitor Centres to Lusaka).

As far as sustainability is concerned, the peer-to-peer approach lived by the project at all levels has substantially contributed to a generally high ownership of project results. Some of the enabling factors towards strong sustainability are the development of technical capacity among the project partners, the activation of various network partners, and innovative implementation approaches (such as peer-to-peer) that will certainly attract potential future donors. A constraining factor that may impede sustainability are first and foremost the NAZ' financial resource constraints, a result of government-imposed austerity measures and of a shift in donor priorities.

The ATOM project leaves a positive spirit among all the stakeholders involved, "accompanying a milestone for the NAZ, while triggering mutual learning processes". The PMU has skilfully implemented many lessons learnt from previous experiences – such as transparent and participatory planning and implementation strategies – and this has undeniably borne fruits.

*Der Review wurde von Dr.in Lisa Ringhofer, TripleMinds Consultancy Network, durchgeführt.

ZAHLEN / DATEN / HINTERGRÜNDE

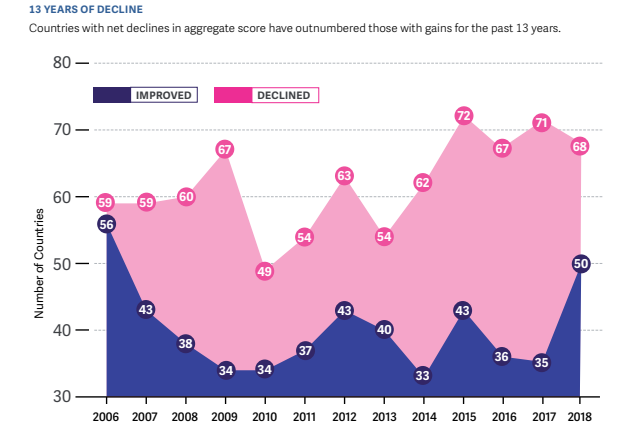
DEMOKRATIE NIE ALS SELBSTVERSTÄNDLICH ERACHTEN

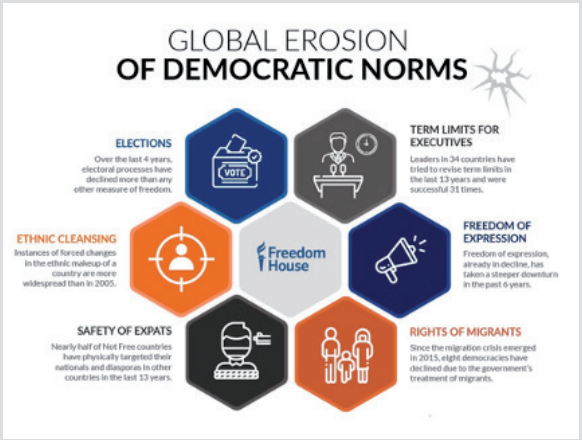
Zum Abschluss unserer Serie Zahlen, Daten, Hintergründe möchten wir nochmals den Zustand demokratischer Systeme weltweit betrachten. Denn so viel steht fest: Demokratie an sich und demokratische Errungenschaften wie die Achtung der Menschenrechte, Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz oder freie Meinungsäußerung dürfen nie als selbstverständlich erachtet werden! Es ist wichtig, Demokratie wert zu schätzen und entgegen gerichtete Entwicklungen zu erkennen und ernst zu nehmen.

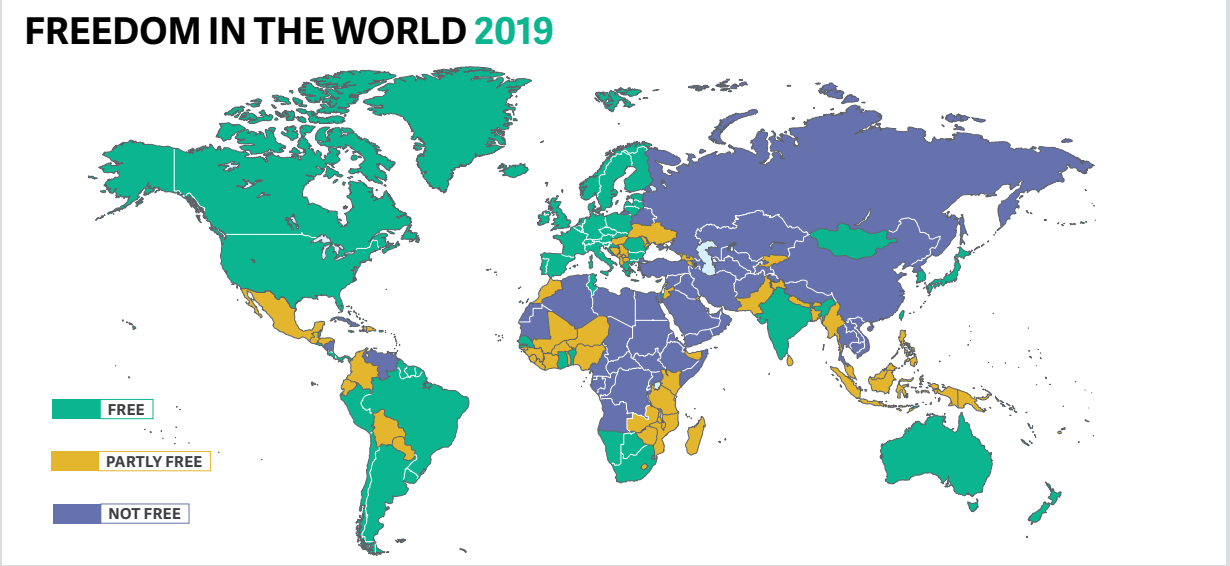
„Freedom in the World"-Bericht 2019

Das Jahr 2018 war das 13. in Folge, in dem die unabhängige NGO „Freedom House" in ihrem Bericht einen Rückgang von Demokratie und Freiheit verzeichnete. Dieser Trend bezieht sich auf eine Vielzahl von Ländern in jeder Region, von langjährigen Demokratien wie den Vereinigten Staaten bis zu konsolidierten autoritären Regimen wie China und Russland. Die Gesamtverluste sind im Vergleich zu den Gewinnen des späten 20. Jahrhunderts immer noch gering, aber das Muster ist konsistent und bedrohlich: die Demokratie zieht sich zurück!

Insgesamt mussten im Jahr 2018 68 Länder einen Nettorückgang in Bezug auf politische Rechte und bürgerliche Freiheiten hinnehmen, wohingegen nur 50 Länder eine Verbesserung erreichten. Der Anteil der nicht freien Länder hat in den letzten 13 Jahren zugenommen, die Vertrauenskrise in langjährigen Demokratien hat sich intensiviert. Demokratische Normen wie freie und faire Wahlen und freie Meinungsäußerung werden zunehmend eingeschränkt oder verwässert.







Quelle: Freedom House: Freedom in the World Report 2019, Abrigded Version; https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2019/democracy-in-retreat

Zum Report und zur Methodologie: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2019 und https://freedomhouse.org/report/methodology-freedom-world-2019

Parlamentarischer NordSüdDialog
VIDC VIENNA INSTITUTE FOR INTERNATIONAL DIALOGUE AND COOPERATION
GEFÖRDERT DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS ZUSAMMENARBEIT
LAND OBERÖSTERREICH

Herausgeber und Medieninhaber:
VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Tel: +43-1-713 35 94, Fax: +43-1-713 35 94 73, office@vidc.org; www.vidc.org, office@nordsueddialog.org; www.nordsueddialog.org

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger
Layout/Satz: kest werbeagentur, Linz | www.kest.net, Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) und des Landes Oberösterreich erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansichten der Redakteur*innen und Autor*innen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der OEZA, des Landes Oberösterreich sowie des VIDC dar.